

WTO – Protest und Verheißung in Seattle

Worum geht es bei der „World Trade Organization“?

Rainer Tetzlaff

„Draußen mögen 50.000 gegen die WTO demonstrieren,
in China aber sind 1,2 Milliarden begierig darauf,
Mitglied bei uns zu werden“ –
WTO-Generaldirektor Moore in Seattle, 3.12.1999

1. Die WTO-Konferenz von Seattle –

Die World Trade Organization (WTO) – bei ihrer Gründung 1995 noch als Speerspitze der Globalisierung gefeiert – steckt seit Seattle in einer Legitimationskrise – und mit ihr die Doktrin der liberalen globalen Marktwirtschaft. Seattle ist der Ort im US-amerikanischen Bundesstaat Washington, der im November 1999 die dritte Ministerkonferenz der WTO auszurichten hatte. Die dort vertretenen 138 Mitgliedstaaten wollten eine Deklaration über eine neue Runde der Liberalisierung des Welthandels und der Weltfinanzen, vor allem unter Einschluß des Agrarhandels und der Dienstleistungen, erarbeiten – aber die Mammutkonferenz wurde unter dem lauten Beifall von 50.000 Protestlern der globalen NGO-Szene ergebnislos abgebrochen, – ein Novum bei solchen Konferenzen. Wie konnte es zu einer solchen Niederlage eines so mächtigen Staatenclubs kommen, der doch angeblich zum Wohle der Menschen in allen Handelsnationen zu agieren vorgibt?

Vordergründig könnte es so aussehen, als ob die Niederlage der Ministerkonferenz der Staaten allein den Protesten der Bürgerinnen und Bürger geschuldet wäre, die aus aller Herren Länder angereist kamen, um als transnationales Defensivbündnis zum Erhalt von globaler Umwelt und nationaler Kultur- und Sozialpolitik dem „entfesselten Kapitalismus“ den Kampf anzusagen. Aber die Sache war und ist kompliziertes, denn die Arena von Seattle ist zum Symbol für die Aktualisierung eines alten Paradigmenstreits unter den neuen Rahmenbedingungen der Globalisierung geworden: globaler Marktliberalismus (ohne Einmischung des Staates) versus sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft mit staatlicher Steuerungskompetenz (ggf.s auch auf Kosten weiterer Wettbewerbsvorteile). Die Anhänger beider Richtungen wollen angeblich nur das Beste für den Menschen, für alle Menschen, – nämlich Glück durch individuelle Erwerbsfreiheit, wirtschaftliches Wachstum und allgemeinen Wohlstand -, nur in den „richtigen“ Wegen zum Ziel unterscheiden sie sich. Speziell bei der Frage herrscht Dissens, *ob, wie und wie weit* die global gewordenen schrankenlosen Kapitalismen der Nationen in ihrem Wettlauf um die besten Standorte für Produktion, Handel und Gewinnoptimierung (Ausbeutung) politisch gebremst und gelenkt werden könnten und sollten.

Der Abbruch der WTO-Konferenz in Seattle ist auf *drei Faktoren* zurückzuführen:

- auf eine situativ unangemessene hegemoniale Konferenzdiplomatie der Clinton-Administration, die ein Jahr vor den Präsidentschafts- und Kongress-Wahlen an Arroganz grenzende politische Härte demonstrieren wollte (Präferenz der USA für *Unilateralismus* auf Kosten von Multilateralismus);
- auf den passiven Widerstand von ministeriellen Repräsentanten der Dritte-Welt-Staaten, die sich bei wichtigen informellen Gesprächen über Sach- und Verfahrensfragen während der Verhandlungen in Seattle an den Rand gedrängt fühlten (mangelnde Transparenz und Repräsentativität der Entscheidungsverfahren),
- auf die lautstarken Proteste einer weltweiten NGO-Szene, die diesmal hervorragend organisiert und diszipliniert auftrat, und ein allgemeines Unbehagen an einer neo-liberalen Wirtschafts- und Investitionspolitik der „global players“ mit unkalkulierbaren sozialen Folgen (Arbeitslosigkeit, Verarmung, Kriminalisierung) artikulierte. Deren kleinster gemeinsamer Nenner war die Furcht vor einer weiteren Aushöhlung nationalstaatlicher Regulierungskompetenz durch allmächtige Multinationale Unternehmen und Banken, die die Gestaltungsspielräume für sozial- und umweltpolitische Maßnahmen weiterhin verringern würden.

In der Nacht zum 3. Dezember 1999 beendeten die US-amerikanische Konferenzpräsidentin *Charlene Barshefsky* und der australische *WTO-Präsident Mike Moore* die Verhandlungsrunde mit den Worten, daß die Konferenz „unterbrochen“ werden müsse, weil man sich nicht auf verbindliche Verfahren und Themen hatte einigen können. In Wirklichkeit aber war in der Sache das Ziel verfehlt worden, die Agenda (Verhandlungsauftrag) für eine weitere große Liberatisierungsrunde des Welt Handels im Konsens zwischen Nord und Süd zu beschließen. Damit war zunächst die Strategie der USA gescheitert, im nationalen Eigeninteresse den Multilateralismus der WTO vor allem für zwei Ziele zu instrumentalisieren: Zum einen wollte Washington angesichts der eigenen großen Agrarüberschüsse erleichterten Zugang zum attraktiven Agrarmarkt der Europäischen Union (EU) gewinnen, und zum anderen sollte die erwünschte globale Liberalisierung des Dienstleistungssektors den US-amerikanischen Konzernen die Möglichkeit geben, ihre ohnehin schon führende Wettbewerbsposition durch Eroberung der zukunftssträchtigen Märkte für Telekommunikation, audiovisuelle und Kulturindustrie, Banken und Versicherungen weiter auszubauen.

Schon im Juni 1999 hatte Frau Barshefsky deutlich gemacht, daß die Liberalisierung im Dienstleistungssektor für die USA absolute Priorität besitzen würde. Sie unterstrich die sehr weitreichenden US-Interessen an einer solchen Deregulierung mit dem ungewöhnlichen Vorschlag, die Liberalisierung im „top down-approach“ vorzunehmen. „Top-down“ bedeutet, daß zunächst alle Dienstleistungen generell liberalisiert werden. Will ein Land dies nicht, bzw. für einzelne Branchen nicht, muß es Ausnahmeregelungen vertraglich absichern. Bisher – im Rahmen der GATT-Regelungen – galt das umgekehrte Verfahren („bottom up“), d.h. es wird eine spezielle Branche herausgegriffen, deren Liberalisierung dann vertraglich geregelt wird, während alle anderen Branchen davon nicht tangiert werden (nach Wahl 2000: 238).

2. Vom GATT zur WTO: der steigende Bedarf an internationaler Steuerung der Rahmenbedingungen für freien Wettbewerb

Der Fehlschlag von Seattle offenbarte wie im Brennglas die *widersprüchliche Kompliziertheit* der gegenwärtigen Situation im Verhältnis zwischen Staat und Erwerbsgesellschaft, – eine Lage, die durch ökonomische und technisch-wissenschaftliche Globalisierung entstanden ist, die am besten durch Begriffe wie Denationalisierung, Entgrenzung oder „Dis-embedding“ charakterisiert wird: Die politischen Steuerungsinstanzen für wirtschaftliches Wohlergehen – z. B. nationale Steuer-, Handels- und Währungspolitik – sind „entbettet“, d.h. aus ihren gewohnten Verankerungen gerissen und greifen nicht mehr, dabei ein Gefühl politischer Ohnmacht erzeugend, das wiederum kollektive Ängste und Frustrationen zur Folge hat. Der Um- und Ausbau des GATT zur WTO stellt einen Versuch dar, im Rahmen einer „global governance“-Architektur internationale Steuerungsinstrumente zur Regelung der freien Konkurrenz auf Märkten weltweit zu vereinbaren.

Schon die letzte GATT-Verhandlungsrunde hatte sieben Jahre lang gedauert und war des öfteren vom völligen Scheitern bedroht gewesen (1986-1993). Am Ende dieser sogen. Uruguay-Runde beschlossen 125 Mitgliedsstaaten die Ausweitung handelspolitischer Vereinbarungen auf Investitionen in einigen Dienstleistungsbereichen, auf Patentrechte, auf den Agrar- und Textilsektor. Im Mittelpunkt handelspolitischer Vereinbarungen standen die Meistbegünstigung (d.h. Zollvergünstigungen eines Landes müssen gegenüber allen anderen Handelspartnern gelten) und die Nichtdiskriminierung (d.h., erlaubte Ausnahmen vom Verbot der Mengenbeschränkung müssen für alle gelten). Weitere Vereinbarungen bezogen sich auf die Gegenseitigkeit oder Reziprozität handelspolitischer Erleichterungen (d.h., beim Nord-Süd-Handel durften Ausnahmen zugunsten der Entwicklungsländer gemacht werden). Woran es mangelte, waren Sanktionsmechanismen und verbindliche Verfahren zur Schlichtung von Streitigkeiten. Der Übergang vom GATT zur WTO „markiert den Beginn einer neuen Phase der Globalisierung“ (Schmidt 2000: 11). Die WTO entstand aus der Einsicht, daß es bei zunehmender Interdependenz nicht mehr ausreichen würde, freien Handel nur als eine Frage von Zöllen zu betrachten: Es bedurfte nun einer Instanz zur Festsetzung verbindlicher Wettbewerbsregeln und zur Schlichtung von Handelsdisputen.

Am 1. Januar 1995 wurde die WTO mit Sitz in Genf mit dem Status einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen gegründet, womit sie Weltbank und Internationalem Währungsfonds als autonome, völkerrechtlich anerkannte Einrichtungen gleichgestellt wurde. Die drei bilden nun – wie Spötter sagen – die unheilige Dreieinigkeit, – auf jeden Fall ein Verbundsystem mit erheblicher Kompetenz zur Regulierung des Rechtsrahmens für internationale Währungs-, Finanz- und Handelsregime. Höchstes Organ ist die mindestens alle zwei Jahre tagende Ministerkonferenz, die alle elementaren Beschlüsse in bezug auf die multilateralen Handelsabkommen faßt. In den WTO-Gremien wird nach dem Prinzip „Ein Land eine Stimme“ abgestimmt, was den ca. 100 Entwicklungsländern eine Mehrheit verschafft. Bis März 1999 hatte das ständige Schlichtungsgremium der WTO 167 internationale Streitfälle geregelt (Schmidt 2000: 11): Wer sich den Schiedssprüchen widersetzt, muß mit hohen Handelsstrafen rechnen.

Auf seiner ersten Ministerkonferenz in Singapur – Dezember 1996 – verabschiedete die WTO einen Aktionsplan zur Förderung der technischen Kompetenzen zum Ausbau der „capacity to trade“, wodurch auch Förderung „nachhaltiger Entwicklung“ und Linderung der Armut in den „am wenigsten entwickelten Ländern“ (den LLDCs) initiiert werden sollten. Seitdem steht die WTO auch unter entwicklungspolitischem Legitimationsdruck. Der zweite WTO-Gipfel – im Mai 1998 in Genf abgehalten – brachte wieder einige Neuerungen: der Welthandel sollte nicht nur möglichst *frei*, sondern auch noch möglichst *fair* sein, d.h. ohne künstliche Wettbewerbsverzerrungen. Kontrovers wurde die Forderung einiger Industrieländer aufgenommen, elementare Arbeitnehmerrechte als Sozialklauseln in der WTO zu verankern. Ähnlich wie in der Umweltdebatte befürchtete die Mehrheit der Regierungen einen „Sozialprotektionismus“ des Nordens, d.h. die Instrumentalisierung der Arbeitsschutznormen des „Internationalen Arbeitsamtes“ (IAA oder ILO) zur Abwehr unerwünschter Handelskonkurrenz der neuen Industriestaaten aus dem Süden.

In der Tat handelt es sich hierbei um ein schwer lösbares Problem, um ein echtes Dilemma, weil beide Standpunkte verständlich sind. Die Schwellen- und Entwicklungsländer argumentieren, daß hohe qualitative Anforderungen an die Herstellung von Handelsgütern (z.B. keine Verwendung von Kinderarbeit oder von Frauen für nächtliche Fabrikarbeit) ihre Kosten- und damit Wettbewerbsposition verschlechtern würden und daß solche Praktiken zu Beginn der Industrialisierung in Europa gang und gäbe gewesen seien. Die Industrieländer – vor allem auch deren Gewerkschaften – vertreten den Standpunkt, daß auf hart umkämpften Verbrauchermärkten nicht mit zweierlei Maß gemessen werden dürfte und daß sozialen Menschenrechten universelle Gültigkeit zugebilligt werden müßten. Schließlich sei auch der Schutz von Umwelt, Klima und der „common goods“ eine globale Verpflichtung aller Staaten – der reichen wie der armen.

Wenn solche Prinzipien- und Interessenkonflikte überhaupt konsensual gelöst werden können, dann bietet sich dafür die Konferenzdiplomatie der WTO an, wobei die Staaten des Nordens noch lernen müssen, partnerschaftsfähig zu werden und den Gestus der Belehrung aufzugeben. Normatives Ziel muß die Herstellung von Chancengerechtigkeit auf freien Märkten sein, was für die länger etablierten Marktteilnehmer bedeutet, den Neulingen für eine Übergangszeit nicht-reziproke Sonderkonditionen einzuräumen (sowie es etwa die EU im Handel einiger Warengruppen mit den AKP-Staaten tut).

3. Der Streit um das MAI-Abkommen: Freiheit der Investitionen

Schon auf der 2. Ministerkonferenz der WTO Konferenz in Singapur ist die Einrichtung eines Ausschusses zu Handel und Investitionen beschlossen worden, – ein Beschluß, an dem auch aktiv die damalige Bundesregierung teilgenommen hatte. Zeitgleich hierzu wurde von der OECD ein Entwurf zu einem „Multilateral Agreement on Investment“ – abgekürzt MAI – vorgelegt, mit dem Ziel, dies später in die WTO einzubringen. „Kernelement des MAI waren ein umfassendes Diskriminierungsverbot bei der Zulassung von ausländischen Investitionen sowie, in der nachfolgenden operativen Phase, Vorschriften zum Eigentumsschutz und zum freien

Kapitalverkehr sowie verbindliche Regeln zur internationalen Streitschlichtung. Als 1997 das geplante Vertragswerk bekannt wurde, mobilisierten Kritiker eine weltweite Kampagne gegen MAI.“(Schmidt 2000: 12). Im November 1998 erschien im Deutschen Taschenbuch Verlag eine Streitschrift unter dem Titel „Das MAI und die Herrschaft der Konzerne. Die Veränderung der Welt durch das Multilaterale Abkommen über Investitionen“ (München 1998, hrsg. von Fritz R. Glunk). Im Vorwort warnt der Münchener Politologe und Leiter der Forschungsstelle für Politische Ökologie *Peter Cornelius Mayer-Tasch* vor dem Verlust an nationaler Souveränität der europäischen Staaten: „Die Folge der Inkraftsetzung eines solchen Abkommens wäre ein tiefgreifender Legitimationsverlust unseres politischen Systems, der unübersehbare Nebenfolgen nach sich ziehen würde“ (Glunk 1998: 11).

Tatsächlich hätte die Realisierung dieses Vorhabens im Interesse der großen Konzerne den Regierungen praktisch alle Möglichkeiten genommen, Investitionen zu lenken oder mit Auflagen zu versehen. Und daß dies zuweilen notwendig ist, um die Einkommens- und Arbeitsplatzinteressen der einheimischen Arbeiter- und Angestellten zu schützen, sollte sich kurz darauf im Zuge der sogen. *Asienkrise* zeigen (die zum überstürzten Abfluss ausländischen Portfolio-Kapitals als Reaktion auf Konjunkturüberhitzung und exorbitante Auslandsverschuldung der asiatischen Schwellenländer führte): Die entschlossene Haltung der malaysischen Regierung unter Präsident Mahathir, den „Ratschlägen“ des IWF zu trotzen und Kapitalverkehrskontrollen einzuführen (um ein Jahr lang die ausländischen Unternehmen am Abzug ihrer Investitionsgewinne zu hindern, bis sich die Konjunktur stabilisiert haben würde), hatte durchaus Erfolg (Schubert 2000).

Das politisch nicht durchsetzbare MAI-Projekt ist schließlich zurückgenommen worden, als auch immer mehr Politiker in den OECD-Staaten – vor allem im „sozialistisch“ regierten Frankreich – Einwände gegen den befürchteten Ausverkauf nationaler Souveränität vorbrachten.

4. Die wachsende Bedeutung der NGOs als kritische Opposition gegen die „global players“

Hintergründig betrachtet, ist Seattle auch ein Symbol für *Glokalisierung*, d.h. der Gleichzeitigkeit von Internationalisierung (Globalisierung) und Fragmentierung (Lokalisierung). Mögen ökonomische Globalisierung in Form der „global players“, die auf Liberalisierung und Fusionierung drängen, und politische Lokalisierung in Form von NGOs wie zwei unvereinbare Kräfte erscheinen, tatsächlich entstammen sie häufig derselben Quelle und verstärken sich gegenseitig. Denn dieselben Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie, die für die Ausbreitung der globalen Wirtschaftskräfte so bedeutend waren, ermöglichen es Bürgerinitiativen in vielen Fällen, in ihrem Streben nach öffentlichem Gehör und der Suche nach Informationen und selbst Finanzierungsmöglichkeiten die zentralen Behörden zu umgehen. Ohne Internet wäre eine so leistungsstarke Lobbyarbeit der globalen NGO-Szene gar nicht möglich gewesen – für die einen ein Trost, für die anderen ein Ärgernis. Jedenfalls ermöglicht die moderne IuK-Technologie auch der protestierenden Basis in den Ländern, deutlich ihre Kritik vorzutragen.

Das Bündnis der Oppositionellen und Protestler in Seattle bestand aus folgenden Gruppen:

- Gewerkschaftlern,
- Umweltschützern,
- Menschenrechtsaktivisten
- Handelsprotektionisten, die nationales Kapital gegen internationale Konkurrenz verteidigen;
- linke Gruppen aller Bildungsstufen, die eine Chance sehen, den alten Kampf gegen den ausbeuterischen inhumanen Kapitalismus auf globaler Ebene wieder aufzunehmen.

Schon im Vorfeld der Konferenz hatten die NGOs aus vielen Ländern ihre Kritik an der WTO zum Ausdruck gebracht. Anstelle einer neuen Liberalisierungsrunde forderten sie:

- eine Untersuchung der Auswirkungen der in der letzten Runde beschlossenen Maßnahmen unter Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit (der Zivilgesellschaft);
- eine Reform der WTO in bezug auf Regeln, demokratische Verfahren und Transparenz;
- die Berücksichtigung der Probleme, die aus globaler ökonomischer Instabilität resultieren;
- eine Änderung der Politik, von der transnationale Unternehmen und ‚die Großen und Einflußreichen‘ profitieren und gleichzeitig soziale, ökologische und gesellschaftliche Begleiterscheinungen unberücksichtigt bleiben.
- Ebenso wurde der Anspruch erhoben, in der WTO gehört zu werden.“ (Schmidt 2000: 10).

Auf der Mammutkonferenz in Seattle gab es beträchtliche Unterschiede in der Haltung der Regierungsdelegationen: Mit Berufung auf den Bericht der sozialdemokratischen Parlamentarierin *Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk* – auch Mitglied der offiziellen deutschen Delegation in Seattle – lassen sich *drei Hauptpositionen* unterscheiden:

Erstens die großen Industrieländer, die wiederum in die drei tonangebenden Blöcke USA und NAFTA-Raum, EU und Japan mit den asiatischen Tigerstaaten gegliedert sind und die auf eine weitere Liberalisierung des Außenhandels der Schwellen- und Entwicklungsländer drangen;

zweitens die Gruppe der großen Agrarproduzenten (CAIRNS-Gruppe) mit Australien, Neuseeland, Argentinien und Brasilien etc. – Staaten, die vom Abbau des Agrarprotektionismus in den Industriestaaten profitieren würden;

drittens die Menge der Entwicklungsländer, die wiederum in drei Blöcken mit nicht immer identischen Interessen in Erscheinung traten: die südostasiatischen „Schwellenländer“, die klassischen Entwicklungsländer Lateinamerikas und Asiens und die Gruppe der Least Developed Countries (LLDCs), überwiegend afrikanische Länder, die vor allem an einem Schuldennachlass und „fairen“ Rohstoffpreisen interessiert sind. Die Staaten der afrikanischen Region südlich der Sahara gelten als Verlierer der Globalisierung und haben bei der Uruguay-Runde (der letzten GATT-Runde) mehr an Handel eingebüßt als dazugewonnen. Trotz aller Unterschiede im einzelnen wünschten die Entwicklungsländer „keine neue allgemeine große umfassende Liberalisierungsrunde“, solange die gerade vergangene Welthandelsrunde –

die Uruguay-Runde – nicht ausreichend analysiert und von ihnen bewertet worden war (S. Skarpelis-Sperk 2000: 3-4).

Es ist in der Tat verwirrend: Während protestierende „Nicht-Regierungs-Organisationen“ (NGOs) aus den reichen Industriestaaten gegen eine neue Liberalisierungsrunde des Welthandels protestierten, wünscht sich die kommunistische Führung in China nichts Sehnlicher, als endlich Mitglied im Club der freien Handelsnationen zu werden – dem neben China noch 30 weitere Staaten beitreten möchten.¹ Die Chinesen werden dabei sowohl von der Weltbank und dem IWF – den beiden „Bretton-Woods-Organisationen“ (BWO) unterstützt, wie von der Clinton-Administration der Vereinigten Staaten von Amerika. Denn alle Befürworter der WTO-Beitritts erhoffen sich von dem Beitritt Chinas die weitere Liberalisierung des Außenhandels, dadurch ein noch schnelleres wirtschaftliches Wachstum im Land und zugleich mehr Wettbewerb zwischen einheimischen und ausländischen Unternehmen und dadurch schnelleren Strukturwandel. Präsident Clinton hatte die amerikanischen Kongreßabgeordneten wochenlang bearbeitet, nun endlich Peking grünes Licht für einen WTO-Beitritt zu geben, und zwar mit folgenden drei Argumenten: erstens sei dies ein Bombengeschäft für die USA, zweitens schaffe die Integration Chinas in den Welthandelsclub Friede in Asiens und Sorge – drittens – nebenbei für eine allmähliche Unterspülung des kommunistischen Regimes.

Das Thema schafft seltsame Koalitionen auf beiden Seiten. In China haben sich Bürgerrechtler zu Wort gemeldet, die nicht weniger eifrig als ihre Regierung den US-Kongress zu einem Ja-Votum drängen. Der freie Welthandel zähle „zu den mächtigsten Mitteln, welche die Freiheit in China voranbringen“ können – schrieb die Regimekritikerin Dai Quing (nach Süddeutsche Zeitung vom 24.5.2000, S. 4).

Betrachtet man die wachsende ökonomische Bedeutung von ausländischen Direktinvestitionen nach dem Ende des 2. Weltkriegs, beschleunigt noch nach dem Ende des Kalten Krieges 1989, so wird verständlich, warum so hart um die politischen Rahmenbedingungen für Handel und Verkehr und um die Aufnahmebedingungen für Anwärter im Club der privilegierten WTO-Mitgliedsstaaten gerungen wird. Es geht um Hunderte von Milliarden Dollar Handelsgeschäfte – und die USA und China sind die beiden stärksten Außenhandelspartner.

6. Fazit

Nach Seattle und der WTO-Nachfolge-Konferenz in Washington im April 2000, gegen die erneut von etwa 10.000 NGO-Aktivisten unter dem Motto „Mobilization for Global Justice“ demonstriert worden ist, sind die Menschen für die Probleme der Globalisierung sensibilisiert worden. Sie fordern u.a. einen globalen „bedingungslosen“ Schuldenerlass für die ärmsten Staaten der Dritten Welt, eine Forderung, die sie im Juli 2000 anlässlich der G-8-Konferenz auf Okinawa/Japan wiederholten und sogar eine positive Reaktion des Weltwirtschaftsgipfels bewirken konnten: Im Prinzip sei man bereit, den ärmsten Staaten Milliarden-Schulden zu erlassen, wenn die notwendigen Strukturreformen eingeleitet und wenn die *Bürgerkriege* eingestellt würden. Dabei geht es um 330 Milliarden US-Dollar!

Letzters ist eine neue interessante, diskussionswürdige Position der einflußstarken Industriestaaten: Zwar befinden sie sich selbst wieder in einer neuen Aufrüstungsrunde (die nun durch die US-amerikanischen Pläne zur Wiederbelebung des Reaganschen SDI-Projekts, das die Doktrin der wechselseitigen Abschreckung von NATO und Rußland auszuhebeln geeignet ist!), aber man muß wohl gleichzeitig Verständnis für die Forderung der G8-Staaten aufbringen, daß sie wenig Interesse verspüren, Staaten wie Sudan, Äthiopien, Eritrea, Simbabwe, Kongo, Angola, Sierra Leone oder den Erdölgiganten Nigeria und Algerien Schulden zu erlassen, solange diese nicht alles tun, um Kriege, Aufrüstung und Regierungskorruption in gigantischem Stil (Nigeria unter dem gierigen Putschgeneral Präsident Abacha!) einzustellen. Der Westen sollte die zivilgesellschaftlichen Kräfte von außen unterstützen und in dem Maße Auslandsschulden erlassen, in dem sie am politischen Geschehen fair beteiligt werden. Noch ist das (an sich demütigende!) Instrument der politischen Konditionalität für Auslandshilfe und Entwicklungskooperation in einigen Fällen (solange der demokratische Rechtsstaat nicht Wurzeln geschlagen hat) unverzichtbar!

Im übrigen zeichnet sich auch eine Reformbereitschaft bei den Bretton-Woods-Institutionen ab. Als Reaktion auf den sogen. Meltzer-Bericht an den IWF und Weltbank (mit der Empfehlung, die beiden Organisationen wieder funktional klar zu trennen) hat der neue designierte Chef des IWF – der Deutsche Banker Horst Köhler – zu Protokoll gegeben, daß der IWF dann mehr Akzeptanz erwarten dürfte, „wenn er seine eigene Überwachungsfunktion stärkt und die Liberalisierung des Kapitalverkehrs dort fördert, wo ein solides Bankensystem besteht, das damit umgehen kann ... Die Arbeit an der Stärkung des Währungs- und Finanzsystems ist in vollem Gange ... Ich möchte ihn (den IWF) weiterentwickeln – zu einem ordnungspolitischen Faktor für die Weltwirtschaft und als ein Kompetenzzentrum für das internationale Finanz- und Währungssystem“. (Horst Köhler im Interview mit Roger de Weck, in: Die Zeit vom 30.3.2000, S. 26). An ihren Taten sollst ihr sie erkennen!

Die „vertagte“ Global-Konferenz von Seattle im Dezember 1999 mit ihren nachfolgenden Aktionen ist zu einem interessanten *politischen Lehrstück* über die Tücken der politischen Beratungs- und Entscheidungsprozesse im Zeitalter der Globalisierung geworden: Wer bei wichtigen Wirtschaftsfragen die mobilisierte demokratische Basis der Weltgesellschaft mit ihren Mitsprachebedürfnissen (die globale Zivilgesellschaft mit ihren zahlreichen lokalen NGOs) meint ignorieren zu können, muß mit lokalen Protesten und weltweit ausgestrahlter öffentlicher Kritik rechnen; denn Handels- und Investitionsfragen werden nicht mehr als blindwütendes Schicksal wahrgenommen und hingenommen, sondern als politisch gewollte Herausforderung verstanden, die auch von unten beeinflußt werden kann. In Zukunft ist es daher ratsam, daß sich die Organisatoren der Weltkonferenzen auf diese Demokratisierungsperspektive einstellen, „global public policy“ die Chance auf Legitimierung auch von unten einzuräumen. Die Demokratisierung der Internationalen Organisationen und Weltkonferenzen – seit mehr als zehn Jahren schon auf der politischen Agenda – ist wieder ein Stück weit vorangebracht worden.

Anmerkung

- 1 Die WTO in Genf veröffentlichte 1999 eine Liste mit 30 Ländern, die Beitrittsanträge gestellt hatten. dazu gehörten – neben China und Taiwan – auch Rußland sowie Algerien, Jordanien, Libanon, Oman, Nepal, Sudan und Saudiarabien, aber auch Vietnam, Kambodscha und Laos; ferner Samoa und die Seyschellen. Estland war zuvor als 135. Mitgliedsstaat aufgenommen worden. Nach Nord-Süd-aktuell, Hamburg, hrsg. vom Deutschen Übersee-Institut, Jg. XIII, No. 2, 1999, S. 164

Literatur

- Glunk (Hrsg.), Das MAI und die Herrschaft der Konzerne. Die Veränderung der Welt durch das Multilaterale Abkommen über Investitionen, München November 1998
- Skarpelis-Sperk, Sigrid: Position und Strategien auf der 3. WTO-Ministerkonferenz in Seattle, in: Nord-Süd-Info-Dienst. SPD Aktionskreis Nord-Süd, Nr. 83, März 2000, S. 3-6
- Schmidt, Bettina: Seattle hat die WTO „berühmt“ gemacht, in: Nord-Süd-Info-Dienst, Nr. 83, März 2000, S. 10-13
- Schubert, Gunter: Die Asienkrise als Grenzmarkierung der Globalisierung?, in: Rainer Tetzlaff (Hrsg.), Weltkulturen unter Globalisierungsdruck, Bonn 2000, S. 120-150
- Wahl, Peter: Zwischen Hegemonialinteressen, Global Governance und Demokratie. Zur Krise der WTO, in: Internationale Politik und Gesellschaft, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 2/2000, S. 235-246
- Zattler, Jürgen: Welthandel und Armut – Die WTO im Fadenkreuz der Kritik, in: Nord-Süd-aktuell, Hamburg, 1. Quartal 2000, S. 102-111